

Europäisches Parlament, Heute aus dem Plenum: GASP (4. Mai 1999)

Legende: Debatte des Europäischen Parlaments vom 4. Mai 1999. Bericht Spencer über die Rolle der Europäischen Union in der Welt: Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Jahr 1998.

Quelle: EUROPARL - Presseabteilung. Im Plenum - Heute im Plenum. [ONLINE]. [s.l.]: Europäisches Parlament, [02.08.2000]. Disponible sur <http://www.europarl.eu.int/dg3/sdp/journ/de/1999/n9905042.htm>.

Urheberrecht: (c) Europäisches Parlament

URL: http://www.cvce.eu/obj/europaisches_parlament_heute_aus_dem_plenum_gasp_4_mai_1999-de-446a7323-c4c3-403f-b693-3eb6b5187efe.html

Publication date: 14/05/2014

Europäisches Parlament: Heute aus dem Plenum (4. Mai 1999)

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Bericht Spencer (EVP-CD/UK) über die Rolle der Europäischen Union in der Welt: Durchführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik im Jahr 1998

Dok. A4-242/99

Debatte: 4.5.1999

Abstimmung: 5.5.1999, 12.00 Uhr

Bericht Spencer (EVP-CD/UK) für einen Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zur gemeinsamen Strategie gegenüber der Russischen Föderation

Dok. A4-219/99

Debatte: 4.5.1999

Abstimmung: 5.5.1999, 12.00 Uhr

Erklärung des Rates zur Benennung des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Debatte: 4.5.1999

Er hoffe, so der Berichterstatter Tom Spencer (EVP-CD/UK), daß Ratspräsident Fischer im Anschluß ankünden werde, daß auf dem Kölner Gipfel der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ernannt werde. Dieser müsse erfolgreich mit EP und Kommission zusammenarbeiten.

1998 sei ein wichtiges Jahr für die EU gewesen, der Euro sei zustande gekommen und im Rahmen des Amsterdamer Vertrages habe die Außenpolitik Formen angenommen. Es sei das erste Jahr gewesen, in dem eine gemeinsame Verteidigungspolitik ins Auge gefaßt worden sei.

Die Situation in der Welt sei instabil, deshalb brauche man einen starken Vertreter. Europa sei eine wichtige Macht in der Welt und müsse eine gemeinsame Stimme finden. Europa dürfe nicht schweigen gegenüber dem Iran, dem Irak oder dem indischen Subkontinent. Die bisherige Außenpolitik habe die Menschenrechte und die Menschenwürde auf ihre Fahnen geschrieben. Es handele sich hier um eine Europäische Union, die vorbereitet sei, nicht Kriege um Öl oder Macht zu führen, sondern gegen ethnische Säuberungen vorzugehen.

Außerdem müsse man die Beziehungen zu Rußland definieren, dem Nachbarn im gemeinsamen europäischen Haus. Doch die diplomatischen Methoden müßten reformiert werden, es gebe in Brüssel immer noch Diplomaten, die glaubten, die uralten Methoden seien den Herausforderungen von morgen gewachsen, dies stimme nicht. Man müsse akzeptieren, daß es in Rußland Menschen gebe, die keine guten Beziehungen zu Europa wollten. Dieser Krieg werfe ein grelles Licht auf die Beziehungen der EU mit Rußland und den USA.

Die amerikanische Außenpolitik sei zerrissen davon, sich selbst als Zentrum der Welt zu sehen. Nun müsse gemeinsam ein Plan auf dem Balkan durchgeführt werden, den man umtaufen könne in Prodi-Plan. Wenn man diesen Plan durchführen, dann würden sich auch die Beziehungen untereinander ändern. Es werde viel gesagt zu den Unterschieden auf dem Balkan, doch wenn man die Geschichte betrachte, sei Konstantinopel jahrhundertlang das Zentrum der europäischen Kultur gewesen. Auch Budapest, Bukarest und Belgrad seien solche europäischen Kulturzentren. Dort habe man wenig Vertrauen in Westeuropa und dieses mangelnde Vertrauen gehe weit zurück. Die Donau müsse ein Symbol für die europäische Einheit werden. Dazu gehöre auch, daß sich die Vertreter der fünf großen Religionen, nämlich der Orthodoxie, des Katholizismus, des Protestantismus, des Judentums und des Islams zusammenfinden würden. Der Cocktail aus Nationalismus müsse die Donau hinuntergespült werden. Es sei Europas Rolle, Verantwortlichkeit zu zeigen.

Der amtierende Ratsvorsitzende, der deutsche Außenminister Joschka Fischer, resümierte die wichtigsten Schritte der zurückliegenden vier Monate deutscher Ratspräsidentschaft. Der Amsterdamer Vertrag stelle

zwar keine Revolution dar, er sei jedoch eine wichtige Etappe auf dem Weg zu mehr Integration, Bürgernähe und Demokratie. Insbesondere werde durch den Amsterdamer Vertrag die Rolle des Parlaments im institutionellen Gefüge gestärkt, was einen entscheidenden Schritt nach vorn bedeute.

Das neue Instrumentarium der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik müsse so ausgiebig wie möglich genutzt werden. Ein erster Schritt dazu sei die Formulierung einer umfassenden Politik im Hinblick auf die Beziehungen zu den Nachbarstaaten. Eine erste Strategie werde sich auf Rußland beziehen, hier sei bereits ein hohes Maß an Übereinstimmung erreicht worden. Weitere Strategien sollten folgen. Angesichts der ökonomischen Instabilität Rußlands halte er es für einen fatalen Fehler, so Fischer, wie in der Debatte vorgeschlagen die Rußland Strategie zu vertagen. Davon würde eine negative Signalwirkung ausgehen. Er zeigte sich zuversichtlich, daß die Rußland-Strategie auf dem Kölner Gipfel verabschiedet werden könne. Sie werde dazu beitragen, die Beziehungen zu Rußland auf eine solide Grundlage zu stellen. Die konstruktive Mitarbeit Rußlands sei nicht zuletzt im Hinblick auf die Kosovo-Krise extrem wichtig.

Eine europäische Außenpolitik, das habe die Vergangenheit gezeigt, müsse von einem europäischen Ansatz ausgehen. Stabilität im Osten sei genauso wichtig wie Stabilität im Süden. Beispielhaft für die Erfolge der Ratspräsidentschaft in der Außenpolitik nannte der deutsche Außenminister die dritte Mittelmeerkonferenz in Stuttgart. Dort sei es gelungen die Regierungsvertreter Israels und Palästinas am Verhandlungstisch zu halten.

Auf dem Kölner Gipfel stehe die Ernennung des Hohen Vertreters für die GASP an. Dies müsse eine Persönlichkeit von großem politischen Gewicht und mit Durchsetzungskraft sein. Der Hohe Vertreter solle eine möglichst aktive Rolle zur internen Konsensbildung spielen.

Ein weiteres wichtiges Thema der deutschen Ratspräsidentschaft sei auch die europäische Verteidigungspolitik. Die Kosovo-Krise habe gezeigt, daß eine Mitwirkung der USA zur Sicherung des europäischen Friedens unabdingbar sei. Zugleich habe jedoch auch das Übergewicht Amerikas in der Kosovo-Krise verdeutlicht, daß die außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit Europas gestärkt werden müsse. Europa müsse über ein wirksames eigenes Krisenmanagement verfügen. Fischer betonte auch die Bedeutung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der NATO. Er befürwortete den Plan einer Eingliederung der WEU in die Europäische Union.

Abschließend zeigte er einige Perspektiven für eine Fortentwicklung der europäischen Integration im Rahmen der GASP auf. Eine zentrale Thematik sei eine engagierte Menschenrechtspolitik der EU. 1999 würde erstmalig auf britische Initiative hin ein Bericht zur Lage der Menschenrechte veröffentlicht. Gegenüber der Menschenrechtskommission in Genf habe die EU unzweideutig ihre Kritik gegenüber der Situation in China zum Ausdruck gebracht. China müsse die Achtung der Menschenrechte sicherstellen. Er verlieh der Hoffnung Ausdruck, daß auf dem Kölner Gipfel die Ausarbeitung einer europäischen Grundrechtscharta erfolgen könnte. Diese könnte später eventuell Bestandteil einer europäischen Verfassung werden.

Für die GASP sei es von maßgeblicher Bedeutung, langfristig ein einheitliches Auftreten der Vertreter der Mitgliedstaaten nach außen zu gewährleisten und die Mehrheitsentscheidungen zu stärken. Fischer sprach sich für eine möglichst ausgedehnte Anwendung der neuen Instrumente aus; Denkmuster müßten verändert, nationale Interessen zurückgestellt werden. Das übergeordnete Ziel sei die Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der Union im 21. Jahrhundert.

Im Namen der SPE-Fraktion erklärte Gary Tittley (UK), daß es der Außen- und Sicherheitspolitik in den letzten Jahren an Führung und Entscheidungsfähigkeit gefehlt habe. Europa habe sich bisher zu sehr um sich selbst gekümmert und desweilen darüber die Verantwortung für die Entwicklungen außerhalb Europas vergessen. Dies bedeute die Notwendigkeit eines Kurswechsels. Langfristige, kohärente Denkweisen in der Politik der Konfliktverhütung seien erforderlich.

Im Zusammenhang mit der GASP sprach Tittley den Wunsch nach engerer Zusammenarbeit zwischen den Organen aus. Außerdem wünsche er sich, daß das Parlament öfter angehört werde. Der größte Beitrag zu

Frieden und Sicherheit sei die Erweiterung der Europäischen Union. Auch müsse in der EU versucht werden, eine Verteidigungsidentität zu entwickeln. Um den ehrgeizigen Zielen der EU gerecht zu werden, müssten die Ausgaben, die für die GASP zur Verfügung stünden, voll und ganz eingesetzt werden.

Giorgos Dimitrakopoulos (EVP-CD/GR) identifizierte für seine Fraktion drei Krisen: Kosovo, Rußland und den Nahen Osten. Der Bericht Spencer gebe eine Antwort auf die Frage, warum die Supermacht EU hier nicht angemessen reagiert habe. Eine Neuausrichtung der Parameter für die Konzeption und Umsetzung der Außenpolitik müsse gefunden werden. Dies sei auch eine institutionelle Frage. Es gehe um die Umstände, unter denen diejenigen, die diese Politik betrieben, zusammenarbeiteten und die Vertreter, die die EU benenne. Für Köln sei die Herausforderung bereits vorgezeichnet, man müsse Antworten auf historische Fragen finden. Dort müssten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß bei einer neuen Regierungskonferenz für die Außenpolitik erzielt werde, was man in Maastricht für die Wirtschaft erreicht habe.

Elisabeth Schrödter (GRÜNE/D) wies darauf hin, daß der Austausch mit Rußland nun entscheidender sei als je für die Entwicklung einer Friedensstrategie für den Kontinent Europa. Die westliche Gemeinschaft habe angesichts der Menschenrechtsverletzungen und ethnischen Vertreibungen im Kosovo diesen Grundsatz über Bord geworfen. Es sei ein Fehler gewesen, dessen Folgen noch lange Auswirkungen haben würden beim Versuch, eine gemeinsame Sicherheitsstrategie zu entwickeln.

Die Konsequenzen seien zunächst, daß jeder Bombenschlag die Rückkehr zum Verhandlungstisch schwieriger mache. Außerdem habe die Taktik, einzugreifen ohne UN- Mandat dazu geführt, daß auch Rußland das gleiche Recht für sich beanspruchen werde. Schließlich habe sich die Start-II-Ratifizierung dadurch verschoben. Es sei wichtig, nun eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, man brauche institutionelle Veränderungen.

Hannes Swoboda (SPE/A) nahm Bezug auf die Donau als Band in Europa, ein Band der Krisen, aber auch der Fortentwicklung und der gemeinsamen Vergangenheit. Besonders hervorzuheben sei, daß die Krisen in den letzten Jahren an den Rändern Europas entstanden seien. Hier habe eine Krisenvorbeugung und eine Krisenverhütung gefehlt, die dringend auf europäischer Ebene entwickelt werden müsse. Rat und Kommission müssten zukünftig stärker das EP und die einzelnen Abgeordneten nicht nur in die Politikformulierung, sondern auch in die Politikdurchführung einbinden, damit die europäische Politik zu einem Erfolg führe.

Für die SPE-Fraktion stellte Constanze Krehl (D) fest, daß eine gemeinsame Strategie nach dem Amsterdamer Vertrag eine Konsultation des EP erfordere. Angesichts des Zeitplans des Parlaments sei eine derartige Konsultation jedoch nicht möglich. Daher sei es besonders wichtig, dem Rat klarzumachen, daß das Verfahren eines Berichts mit Empfehlungen an den Rat eine Ausnahmelösung darstelle, die den besonderen Umständen eines Wahljahres geschuldet sei. Bei jeder zukünftigen gemeinsamen Strategie werde das Parlament auf eine Konsultation durch den Rat bestehen.

Bezüglich der Beziehungen zu Rußland widersprach Krehl dem Bestreben des Berichterstatters, die gemeinsame Strategie für die Beziehungen mit Rußland hinauszuzögern. Die Bemühungen Rußlands würden dessen Bedeutung für die europäische Sicherheitsarchitektur nur unterstreichen.

Für Klaus-Heiner Lehne (EVP-CD/D) ist eine europäische Sicherheitsarchitektur ohne Rußland nicht denkbar. Bei Gesprächen und Besuchen in Rußland werde immer wieder die Frage nach einer europäischen Strategie gegenüber Rußland laut. Seiner Auffassung nach sei diese Strategie bisher nicht sehr klar gewesen. Man müsse planvoll und zielgerecht an diese Frage herangehen. Letzten Endes mündeten die Fragen in Rußland oft nach einer möglichen Mitgliedschaft Rußlands in der EU - in irgendeiner Zukunft. Er verweise dann immer darauf, daß man vielleicht in 30 oder 40 Jahren über diese Frage nachdenken könne. Bei der Strategie müsse man soweit sicherlich nicht gehen, aber die Rahmenbedingungen müssten Rußland gegenüber klar formuliert werden. Die Arbeiten aus dem Partnerschaftsabkommen müssten weitergeführt werden, bei manchen der russischen Probleme handele es sich um hausgemachte, dennoch könne die EU dazu Hilfestellungen geben.

Es sei nicht verwunderlich, daß die gesamte Diskussion zur Gemeinsamen Außenpolitik sich nur um Rußland drehe, so Otto von Habsburg (EVP-CD/D). Dies resultiere aus der europäischen Geschichte, von der er nicht wisse, ob sie den verantwortlichen Politikern immer vor Augen sei. Eine realistische Politik gegenüber Rußland sei vonnöten, die nicht von Furcht geprägt sein dürfe. Er verwies auf Enrico Berlinguer, der immer gesagt habe, daß man Rußland ernst nehmen müsse. Dies geschehe oft nicht. Europa sei sich nicht bewußt, daß Rußland eine imperialistische Macht sei, man dürfe nicht den Brandstifter zum Feuerwehrmann machen. Rußland sei im Zeitalter der Dekolonialisierung die letzte große Kolonialmacht auf Erden. Europa dürfe sich nicht in einen russischen Kolonialkrieg mit fernöstlichen Staaten hineinziehen lassen. Wer sich näher mit China befasse, der wisse, welche Pläne dort entwickelt würden. China sei eine Macht, die ihre Verpflichtungen auch gerade in Sibirien habe. Jeden Tag überschritten heute illegal 5.000 Chinesen die Arthur-Grenze, solche Dinge müsse man als Realität zur Kenntnis nehmen.

Kommissar Hans van den Broek resümierte, daß im Bereich der Außenpolitik in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren erhebliche Fortschritte erzielt worden seien. Man tendiere dazu, weniger die Erfolge zu sehen als die Fehlschläge, wie etwa den Bosnienkrieg. Die anstehende Erweiterung der Union werde zu einer der großen politischen Leistungen; er begrüßte die Entwicklung der Beziehungen der EU zu Rußland und zur Ukraine. Beispielhaft erwähnte er für die Erfolge der europäischen Außenpolitik den Nahostfriedensprozeß, die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen sowie den Dialog mit Ländern der Dritten Welt. Zunehmend sprächen die Mitgliedstaaten der EU mit einer Stimme.

Daß entscheidende Instrumente im Bereich des Krisenmanagement und der Krisenlösung bislang gefehlt hätten, habe die Krise im Kosovo verdeutlicht. Der Amsterdamer Vertrag schaffe eine Reihe von neuen Instrumenten, die auch zur Verbesserung des Krisenmanagements der Union beitragen könnten. Den Barbareien auf dem Balkan habe man Einhalt gebieten müssen. Von daher sei nach Fehlschlagen politischer Maßnahmen und dem Scheitern wirtschaftlicher Sanktionen alleine die Anwendung der militärisch äußersten Mittel gerechtfertigt gewesen. Van den Broek unterstrich, daß das Flüchtlingsdrama auf dem Balkan einen Impuls gegeben habe, gemeinsam gegen die Politik Serbiens vorzugehen.

Die GASP werde künftig gestärkt durch die Ernennung eines Hohen Vertreters. Wichtig sei, daß stets das EP bezüglich außenpolitischer Maßnahmen konsultiert und bei der Implementierung von Maßnahmen informiert werde; er habe dies in der Vergangenheit stets getan. Hinsichtlich der gemeinsamen Strategie gegenüber Rußland schloß er sich der Auffassung des deutschen Außenministers Fischer an, daß eine Verschiebung die falsche Entscheidung wäre.

Zuletzt betonte er, daß eine neue GASP schlecht denkbar sei ohne eine enge Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie. Hier habe es schwerfällige Fortschritte der Mitgliedstaaten in der Vergangenheit gegeben, eine Beschleunigung sei wünschenswert. Er unterstrich die Rolle des EP in der Vergangenheit, dessen Stimme auch im großen Kreis auf internationaler Ebene gehört werde und er hoffe, daß das EP sie noch häufiger als bislang erheben werde.